Deutscher Reichstag.

204. Sitzung vom 26. März, 12 Uhr.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des **Ergänzungsetats** für die **Chicagoer Weltausstellung** (2,000,000 M. Nachtragsforderung).

Abg. **Witte** (dfr.) befürwortet die Forderung. Die deutsche Industrie, welche zuerst sich zurückhaltend gezeigt habe, sei jetzt dem Plan der Kollektivausstellung im allgemeinen geneigt. Der Raum, der in Chicago zur Verfügung gestellt sei, werde aber kaum ausreichen; die Regierung möge daher Anstrengungen machen, um eine Erweiterung des Raumes anzustreben.

Staatssekretär **v. Boetticher** erwidert, daß Deutschland im Verhältniß zu den allgemeinen Raumverhältnissen in Chicago sehr gut weggekommen sei, daß man aber, wenn der Raum trotzdem nicht ausreichen sollte, sich nach der Decke strecken müsse. Es sei viel mehr Werth zu legen auf das multum als auf das multa, es müßte nicht möglichst viel, sondern möglichst Untadelhaftes ausgestellt werden. Uebrigens schweben schon Verhandlungen wegen einer Erweiterung des zur Verfügung zu stellenden Raumes.

Abg. **Hahn** (kons.) spricht die Hoffnung aus, daß die Landwirthschaft sich in großem Maßstabe an der Ausstellung betheiligen werde.

Abg. **Goldschmidt** (dfr.) wünscht die Herstellung eines umfangreichen Ausstellungskatalogs, mindestens in deutscher, englischer und spanischer Sprache, der ein anschauliches Bild über die Betheiligung der deutschen Industrie gewähre.

Staatssekretär Dr. **v. Boetticher** erwidert, daß ein solcher Katalog bereits in Aussicht genommen sei. Die Anmeldungen aus landwirthschaftlichen Kreisen, speziell für Rindvieh und Pferde, seien bereits sehr zahlreich eingegangen.

Abg. **Sombhammer** (dfr.) wünscht, damit die Ausstellung einen möglichst überwältigenden Eindruck erzielen, daß für einen möglichst großen Ausstellungsraum gesorgt werde.

Der **Nachtragsetat** wird in zweiter Lesung **genehmigt**.

Es folgt die **dritte Etatsberathung**.

In der allgemeinen Besprechung betont

Abg. **Pflüger** (Volksp.). Die Nothwendigkeit, das konstitutionelle Prinzip mehr zu berücksichtigen, da das Ansehen des Reichstags, das zu schwinden drohe, nur dadurch gewahrt werden könne.

Abg. Frhr. **v. Münch** (wild): Sonst kommen die Abgeordneten, die keiner Partei angehören, bei Debatten nicht zum Wort. Die zwei Jahre, welche dieser Reichstag nunmehr besteht, haben es aber dahin gebracht, daß bei einer so wichtigen Gelegenheit die großen Parteien auf das Wort zu verzichten scheinen, sodaß auch wir zum Worte kommen. (Heiterkeit.)

Vom freisinnigen Standpunkt aus kann ich es nur begrüßen, daß der Reichskanzler in **Preußen** auf sein Amt als **Ministerpräsident verzichtet** hat, weil die Politik, die er dort vertreten hatte, mit den Wünschen des Volkes in direktem Widerspruch stand. Aber als Reichskanzler hat er für seine Reichspolitik die Billigung des weitaus größten Theiles des deutschen Volkes (Beifall), doch in der inneren Politik des Fürsten Bismarck wünscht das Volk eine vollständige Umkehr und die Anbahnung und Förderung einer vollständigen neuen Politik. Hierin kenne ich die Ansicht des deutschen Volkes genau (Gelächter). In den 5 Minuten, die ich spreche, werde ich zu durch offenkundigen und lauten Beifall unterbrochen. (Große Heiterkeit.)

In Bezug darauf, die christliche Religion auf allen nationalen und internationalen Gebieten, auf denen das deutsche Volk zu arbeiten hat, zur größerer Geltung zu bringen, billigt die große Masse des wirklich arbeitenden Volkes die Politik des Reichskanzlers. Diesem christlichen Gedanken widerspreche jedoch das eingebrachte Gesetz zur Bekämpfung der Unsittlichkeit, die Konzessionirung öffentlicher Unzucht. Redner rühmt dann die sozialpolitische Gesetzgebung und verlangt eine stärkere Heranziehung der Börse, sowie Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Wenn das Volk in seiner unverfälschten Meinung hier zur Geltung kommen solle, so müsse man den Abgeordneten Diäten gewähren.

Abg. **Liebknecht** (Soz.) erblickt die Quelle der wirtschaftlichen und finanziellen Misere in dem Militarismus und bespricht dann die Soldatenmißhandlungen. Es sei doch charakteristisch, daß ein Blatt seiner Partei den Erlaß des Prinzen Georg zuerst habe veröffentlichen können. Diese Mißhandlungen aber seien unvermeidlich beim Militarismus und das beweise, wie kulturwidrig der Militarismus, die Kunst der Menschenschlächterei sei. Der Militarismus sei unchristlich, unvereinbar mit der Kultur und der Ruin des Volkes. Seine Partei habe von jeher den Militarismus bekämpft. Wozu brauche man ein stehendes Heer. Glaube man denn, daß vaterlandsliebende Bürger, daß die Schweizer sich nicht ebenso gut schlagen, wie unsere Soldaten? (Widerspruch rechts.) Unser jetziges System erziehe überdies gar keine gute Armee. Es empfehle sich ein allmäliger Uebergang zum Milizsystem. Man hätte auch besser gethan, den Franzosen Elsaß-Lothringen zu lassen und ihnen lieber weit höhere Kriegskosten auferlegen sollen. Redner protestirt jedoch gegen den Vorwurf, als wenn er die Rückgabe von Elsaß-Lothringen empfohlen, wohl aber habe er die Annexion sehr getadelt. Die Lösung dieser Frage würde erst möglich sein, wenn hüben und drüben Regierungen seien, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektiren. Durch die Friedenskongresse schaffe man die Kriege nicht aus der Welt, dazu sei der sozialdemokratische Staat nothwendig. Wenn man uns frage, welchen Plan wir für den sozialdemokratischen Staat hätten, so sei zu erwidern, daß die andern doch auch keinen Plan besäßen und die völlige Plan- und Rathlosigkeit herrsche. Das habe sich beim Sozialistengesetz, beim Volksschulgesetz usw. gezeigt, die Konstitution versucht man, statt die Wurzel des Uebels zu treffen, durch Polizeigesetze zu beseitigen. An den neulichen Tumulten hätten die Sozialdemokraten keinen Antheil, die Schuld daran trügen diejenigen, die an den Krawallen festhielten und den Nothstand geschaffen hätten. Mit der Peitsche des Sozialistengesetzes habe man die Sozialdemokraten ebenso wenig bekämpfen können wie mit dem Zuckerbrot der sozialpolitischen Gesetze. Der Kurs der Sozialdemokratie bleibt der alte, der Kurs sei der richtige und führe zum Ziel! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der **Präsident** ruft den Redner für die Aeußerung, die Annexion Elsaß-Lothringens sei ein Verbrechen gewesen, zur Ordnung.

Abg. **Richter** (dfr.): Herr Liebknecht hat nur in anderer Form dasselbe wiedergegeben, was Abg. Bebel schon bei der ersten Lesung des Etats ausführte, und worauf ich das, was von meinem Standpunkte aus zu erwidern war, erwidert habe. Ich habe daher keine Veranlassung, auf seine allgemeinen Ausführungen etwas zu erwidern. Doch nöthigt mich seine Polemik gegen einige Aeußerungen von mir zu einigen Erwiderungen. Ich halte es nicht für richtig, wie er es gethan hat, auf die Kriege von 1864 und 1866 ohne eine zwingende Veranlassung hier im Deutschen Reichstage zurückzukommen. (Sehr richtig!) Diese Kriege sind wesentlich von Deutschen gegen Deutsche geführt worden. Wir freuen uns der politischen Gestaltung, welche 1867 und 1870/71 in der Einheit des Reiches geschaffen ist, und ich wüßte nicht, welchen Zweck es hat, sich nun darüber auseinanderzusetzen, wer zu jenen Kriegen mehr oder weniger die Veranlassung gegeben hat.

Wenn Herr Liebknecht dann seinen Kollegen Bebel gegen mich darin in Schutz nahm, daß er sich bei Ausbruch des Krieges von 1870 der Abstimmung enthalten hat und dafür anführte, daß an jenem Kriege die Kriege von 1864 und 1866 schuld seien, so halte ich meinen in erster Lesung ausgesprochenen Vorwurf voll und ganz aufrecht. Wie kann man sagen, daß aus den Ereignissen von 1864 und 1866 Napoleon ein Recht gewonnen hätte, Deutschland 1870 mit Krieg zu überziehen? Wenn Deutschland sich anders organisirte, was ging das die Franzosen an (sehr richtig!), was ging das Napoleon an? So wenig wir uns jemals in die inneren Fragen Frankreichs mischen würden, so wenig war man berechtigt, aus den Ereignissen von 1864 und 1866 einen Grund herzuleiten, Deutschland mit Krieg zu überziehen. Ich kann Herrn Liebknecht das Zeugniß seines eigenen Kollegen Bebel entgegenhalten aus dem Jahre 1870; Bebel hat selbst am 24. Nov. 1870 hier wörtlich im Reichstage gesagt, daß der Krieg von 1870 eine schnöde Provokation von seiten Louis Napoleons gegen Deutschland gewesen ist. (Ört!Ört!) Eben weil Bebel dies selbst damals anerkannt hat, lag von keiner Seite ein Grund vor, der Regierung, mochte man zu ihr sonst Vertrauen haben, wie man wollte, bei Ausbruch des Krieges die Mittel vorzuenthalten. Das Vertrauen konnte man zur damaligen Regierung, wie man auch sonst zu ihr stehen mochte, haben, daß sie imstande sein würde, eine solche französische Provokation schneidig und kräftig zurückzuweisen. (Sehr richtig!)

Ueber die Annexion von Elsaß-Lothringen mögen Sie I. B. anders gedacht haben als andere politische Parteien. Die Thatsache hat sich aber vollzogen. Den größten Fehler begeht man überhaupt, wenn man das dem Auslande gegenüber als eine Frage überhaupt aufwirft. Daraus erwachsen Gefahren, die vermieden werden sollten. (Beifall.) Man konnte es für zweifelhaft halten, ob es überhaupt angezeigt ist, in eine politische Diskussion bei der dritten Etatsberathung einzutreten. Nachdem das aber nun geschehen ist, würde es meines Erachtens für den Reichstag unnatürlich erscheinen, wenn man hier im einzelnen sich nicht äußern sollte zu den Wendungen in der Politik, die sich seit der ersten Berathung vollzogen haben. Diese Wendungen berühren ja zum großen Theil Preußen, und es muß uns fern liegen, irgend eine Seite dieser Wendungen zu streifen, also insbesondere auch den Schulgesetzentwurf, der in erster Reihe den Preußischen Landtag angeht. Aber diese Wendungen haben doch eine Folge gehabt, welche auch den Reichstag unmittelbar angeht. Der Herr Reichskanzler ist heute vor uns erschienen wie ehedem. Aber er ist doch heute nicht mehr derselbe. Er ist in seinen politischen Funktionen so zu sagen halbirt worden. Die **Trennung der Stelle des preußischen Ministerpräsidenten vom Reichskanzler** hat sich vollzogen. Ich halte es für verfehlt, wenn irgend ein Minister von einer bestimmten Funktion ausgeschlossen ist, dann gewissermaßen über die Wahrnehmung dieser politischen Funktion eine Nachrede zu halten. Ich beschränke mich auf die einzige Bemerkung, daß es der Herr Reichskanzler wohl selbst eingesehen haben wird, daß es mitunter schwieriger ist, gegen den Strom zu schwimmen, als er sich noch vor kurzem gedacht hat. Ich beziehe mich nicht auf die persönliche Seite der Sache, sondern auf die sachliche Einrichtung. Da sind wir der Meinung, daß die **Trennung der Stelle des Ministerpräsidenten vom Reichskanzler an sich eine durchaus unzweckmäßige ist**. Wir haben ja kein parlamentarisches Mittel, um dem entgegenzutreten; aber wir wollen doch andererseits nicht mit unserer Meinung zurückhalten. Die Reichsverfassung ist von vornherein darauf zugeschnitten, daß der Reichskanzler auch der leitende Staatsmann in Preußen ist. Fürst Bismarck hat ja selbst den Versuch gemacht, die Stelle des Ministerpräsidenten von der des Reichskanzlers zu trennen. Aber der Versuch hat nur 11 Monate gedauert, und gerade Fürst Bismarck, der auch unmittelbar Erfahrungen damit gemacht hat, hat sich später auf das Entschiedenste im Reichstage gegen eine solche Trennung ausgesprochen. Die augenblickliche Trennung der Aemter ist ja erklärlich, **aber auf die Dauer nicht möglich**, so daß man geneigt ist, den Reichskanzler gegenwärtig nur als einen Reichskanzler ad interim anzusehen, und wenn sich das auch nicht bewähren sollte, so ist das an sich doch schon geeignet, die Autorität des leitenden Staatsmannes im Reich in Frage zu stellen. Die Trennung ist ja jetzt noch weit schwieriger durchzuführen, als es früher der Fall war. Denn wie der Ministerpräsident beim Antritte seines Amtes im Abgeordnetenhause durchaus richtig bemerkte, würde die Folge des Rücktritts einer Persönlichkeit wie die des Fürsten Bismarck die sein, daß die Kollegialität im preußischen Ministerium stärker zum Ausdruck kommt, als es bisher der Fall gewesen ist.

Als Partei haben wir ja gar keine Ursache, mit dieser Trennung so besonders unzufrieden zu sein. Es besteht ja die Meinung, vielleicht mit Unrecht, es soll Parteien in diesem Hause geben, die leicht dazu zu verführen sind, politische Tauschgeschäfte zu machen, in der Art, daß sie hier mehr bewilligen, als sie an sich sonst thun würden, wenn sie die Aussicht haben, daß man im preußischen Landtage ihren Wünschen mehr entgegenkommt, eine Politik, die man wohl bezeichnen kann als do ut des. Es liegt auf der Hand, daß, wenn der Reichskanzler hier nur zu fordern im Stande ist, nicht aber mit Gegenleistungen in Preußen aufwarten kann, sich dann ein Umschwung vollzieht, wenn zu starke Forderungen erhoben werden, ich will nur erwähnen in Bezug auf Militär-, Marine- und Kolonialpolitik.

Im übrigen können wir, nachdem wir uns dagegen verwahrt haben, daß wir die neue Einrichtung billigen, die weitere Entwickelung der Dinge ganz ruhig abwarten, mehr noch als die anderen Parteien, da wir ja nicht die in erster Linie ausschlaggebende Partei sind. Und dann haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Entwickelung der Dinge unseren Ansichten, wie wir die Sachlage aufgefaßt hatten, weit mehr recht gegeben hat, als man es bisher und noch vor kurzem geglaubt hat. Wir sind, um Mißverständnissen vorzubeugen, auch der Meinung, daß die Stellung, die der Reichskanzler bisher gehabt hat, einer **Aenderung nothwendig bedarf**. Jetzt hat sich nur die Aenderung in einer **falschen Richtung** vollzogen. Wir halten es nicht für richtig, daß das Amt des preußischen Ministerpräsidenten von dem Reichskanzleramt getrennt wird, sondern wir halten für richtig die **Einrichtung selbständiger Reichsministerien**, für die ja auch zeitweise die Mehrheit des Reichstages eingetreten ist. Wir verlangen Fachministerien, die nicht Untergebene des Reichskanzlers sind, sondern die Politik selbständiger zu vertreten haben als es jetzt der Fall ist. Leider hat es der Reichskanzler bei Antritt seines Amtes abgelehnt, eine Aenderung in der Organisation in dieser Richtung vorzunehmen. Unsagbar aber, und alle Parteien sind der Ansicht, ist das gegenwärtige Verhältniß der Minister zu einander und zu der Krone nicht so, wie es eigentlich sein sollte. Wir leiden an den Folgen des Systems der **Kabinetsregierung**. Ich bin weit entfernt, den gegenwärtigen Zustand in dem Maße dem augenblicklichen Ministerium zur Last zu legen, wie es oft geschieht. Nein, die gegenwärtigen Minister leiden mit unter dem System des Fürsten Bismarck, unter dem das System der Kabinetsregierung durchgeführt worden ist, zunächst im Interesse seiner eigenen Machtvollkommenheit (sehr richtig! links). Alles, worüber man jetzt klagt, die plötzliche Aenderung in der Richtung der Regierung, die unverantwortlichen Rathgeber sind Folgen des Systems der Kabinetsregierung. Ausgeschlossen würde das nicht sein bei einer parlamentarischen Regierung, aber dann wären seine Grenzen gezogen in dem System selbst, und eine Aenderung würde dem Lande nicht zum Schaden gereichen. Man hat lange Zeit abfällig über diejenigen geurtheilt, die von einem parlamentarischen Regierungssystem sprachen. Das war erklärlich zur Zeit, wo große historische Persönlichkeiten die Leitung der Regierung hatten. Jetzt, wo das anders ist, wo man nach und nach sich immer mehr bekehren, daß wir in Deutschland durchaus und in den jetzigen Verhältnissen mehr als je nöthig haben, daß an Stelle der Kabinetsregierung die parlamentarische Regierung tritt. Hätten wir sie schon gehabt, die Autorität hätte bei weitem nicht so viel Schaden leiden können, wie sie thatsächlich durch die letzten Ereignisse davontrug. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Graf **v. Caprivi**: Die Behauptung, daß nach der Trennung des Amtes des Ministerpräsidenten vom Reichskanzleramt der Reichskanzler nicht mehr dieselbe Stellung hätte wie früher, muß ich bestreiten. Ich werde versuchen, zu beweisen, daß weder der Reichskanzler noch das Reich durch die eingetretene Wendung eine Schädigung erlitten hat. Fürst Bismarck sagte in seiner Rede vom 28. Januar 1873 über die Stellung und den Werth eines preußischen Ministerpräsidenten, daß der Ministerpräsident, obwohl ihm ein gewisses Gewicht der moralischen Verantwortlichkeit zufällt, doch keinen größeren Einfluß als irgend einer seiner Kollegen auf die Gesammtleitung hat. 1878 führte er ähnlich aus, daß im preußischen Ministerium der Ministerpräsident kein Veto hat, daß er nur den Vorsitz und die geschäftliche Leitung führt, aber nichts zu sagen hat, und wenn seine Stimme ein besonderes Gewicht habe, so sei das das Ergebniß einer sehr langjährigen Dienstzeit und eines hohen Maßes von Vertrauen, aber nicht der Ausdruck der Institution selber. Ist das richtig, ist der Einfluß des Ministerpräsidenten nur ein persönlicher, können wir da erwarten, daß jemand, der nach dem Fürsten Bismarck Ministerpräsident wird, der bei seinem Eintritt in das Amt erkannt hat, daß das preußische Staatsministerium fortan eines stärkeren Hervorkehrens der kollegialischen Verfassung bedarf, den Einfluß in kürzerer Zeit gewinnen wird, den sogar Fürst Bismarck noch im Jahre 1878 nicht zu besitzen beklagt?

Wo liegen nun die Schattenseiten einer solchen Grenze? Der leitende Staatsmann, sagt man, verliere eben Einfluß auf Preußen. Worin besteht denn der Einfluß? Er führt den Vorsitz und hat eine Stimme. Gelingt es ihm, durch seine Beredtsamkeit seine Kollegen zu gewinnen, so wird er mit seiner Stimme das Staatsministerium nach sich ziehen. Ob er nun auf dem Sessel des Vorsitzenden sitzt oder auf dem des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, ändert nichts. Sind seine Gründe überzeugend, so werden sie überzeugend wirken, sowohl vom Vorsitz aus wie von jedem anderen Sessel. Ueberstimmt kann er von der Stellung als Ministerpräsident ebenso werden wie von jeder anderen Stellung. Hat er persönlichen Einfluß, so wird er ihn sowieso haben; einen gesetzlichen Einfluß hat er in keinem Falle. Nun meint Herr Richter, Fürst Bismarck habe in späteren Jahren andere Ansichten ausgesprochen. Es ist dann vielfach exemplifizirt worden auf die kurze Zeit, wo Graf Roon Ministerpräsident war und auf die Rolle, die er gespielt hat. Hat sich aus diesem Verhältniß ein Nachtheil ergeben und welcher, und ist jenes Verhältniß wieder aufgehoben worden wegen der hervorgetretenen Nachtheile? Das letztere ist nicht der Fall. Der Fall lag damals folgendermaßen: Fürst Bismarck war leidend, er zog sich zurück. Graf Roon war auch leidend, und sein Vorsitz im Staatsministerium wurde bald illusorisch. Seine Leiden nahmen zu, und dann erklärte er nach 11 Monaten, daß er nicht bloß den Vorsitz, sondern auch seine Aemter niederlegen müsse. Darauf baten die anderen Minister den Fürsten Bismarck, den Vorsitz wieder zu übernehmen. Daß aber aus dieser Trennung während dieser Zeit sachlich irgend ein Schaden entstanden wäre, vermag ich nicht zu erkennen.

Wenn nun Abg. Richter meint, daß ich nun nicht mehr die Politik des do ut des treiben werde, so weiß ich nicht, ob ich das bis jetzt überhaupt gekonnt habe; denn ich hätte dazu der Zustimmung meiner Kollegen immer bedurft. Ich würde aber geglaubt haben, durch eine solche Politik mich gegen Preußen zu versündigen.

Wenn ich also für mich Nachtheil aus der Trennung nicht befürchte, so sind auf der anderen Seite die Vortheile ganz unzweifelhaft. Wenn selbst Fürst Bismarck bei seiner kolossalen Kraft und der Geschichte, die er hinter sich hatte, es schwer empfand, das gesteigerte Maß der Verantwortung aus dem preußischen Ministerium zu tragen, so würde es doch von jedem andern unbescheiden sein, auch nur zu denken, daß er darunter nicht leiden würde. Die Sorge, die mir das preußische Ministerpräsidium gemacht hat, der unausgesetzte Druck der Verantwortlichkeit für Dinge, die mir im ganzen doch fern lagen, und in die direkt einzugreifen ich nicht imstande war, gehörte bisher zum schwersten Theil meines Daseins.

Aber auch direkt für das Reich erwächst durch diese Trennung ein Vortheil insofern, als der Reichskanzler künftig nicht mehr in jede preußische Krise verwickelt zu werden braucht. Man kann ja sagen, der Ministerpräsident könne sich dabei mehr abseits stellen. Die Stellung läßt sich im allgemeinen nicht reglementarisch abgrenzen; es muß sich alles auf die Person zuschneiden. Ich habe einmal die Auffassung von meinen Pflichten als Ministerpräsident dahin, daß ich, wenn ein Minister eine Vorlage einbrachte und das Staatsministerium sich damit einverstanden erklärte, der Nächste dazu wäre, um hinter dem Ressortminister zu stehen. (Beifall rechts und im Centrum.) Ich bin der Ansicht gewesen, daß, wenn der Ministerpräsident in einer solchen Lage den Ressortminister fallen läßt, er im Staatsministerium überhaupt eine Null ist, und daß ich eine Null gewesen wäre, wenn meine Kollegen nicht die Ueberzeugung haben könnten, der Ministerpräsident werde, soweit es in seinen schwachen Kräften steht, hinter ihnen stehen. (Beifall rechts und im Centrum.) Mir ist das sehr leicht geworden, da ich mich bei keiner Vorlage von meiner eigenen Ueberzeugung zu trennen hatte. (Beifall im Centrum.)

Ich glaube also, daß die Besorgniß, das Reich könne zuschaden kommen, bei der Trennung, nicht vorliegt. Vielmehr wird in den Verhältnissen des Reiches eine wünschenswerthe Stabilität dadurch herbeigeführt. Es kann weder der auswärtigen Politik noch der Reichspolitik dienlich sein, wenn bei Schwierigkeiten in Preußen immer in letzter Perspektive der Fall des Reichskanzlers bevorsteht. Es kann nicht dem öffentlichen Interesse dienen, wenn die Stellung des Reichskanzlers so häufig als unsicher erscheint.

An eine parlamentarische Regierung wird doch auch Herr Richter nicht im Ernste denken. Ich glaube, daß wir, Gott sei Dank, davon noch weit entfernt sind. (Beifall rechts.) Selbstständige Reichsministerien einzuführen, halte sich zur Zeit ebenso für ganz ausgeschlossen. Einige mögen es für wünschenswerth halten: die verbündeten Regierungen halten es nicht für wünschenswerth. Ob aber jemand es für ausführbar hält, damit den Bundesrath zu beseitigen und unsere ganze Reichsregierung auf den Kopf zu stellen, ist mir in hohem Grade zweifelhaft. Ich meine doch, wir thun gut, abzuwarten, wie die Dinge sich gestalten. Ich meine, daß Deutschland zu fest steht, um durch eine solche Frage, ob der Reichskanzler einen Theil seiner politischen Aemter, den er selbst für unbedeutend hält, abgiebt oder nicht, erschüttert zu werden. Deutschland wird es überwinden, und es wird nicht verlieren, sondern eher gewinnen. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.): Ich stimme dem Herrn Reichskanzler in seinen Ausführungen über die parlamentarische Regierung vollkommen bei. Persönlich glaube auch ich, daß die Trennung des preußischen Ministerpräsidenten vom Reichskanzleramt keine dauernde sein kann. Gegenüber den Preßstimmen des Auslandes möchte ich aber, wie ich glaube, in Uebereinstimmung mit der übergroßen Majorität der Auschauung entgegentreten, als ob der Dreibund irgendwie durch die Krisis erschüttert werden könnte. Wie die Krisis auch enden möge, die ganze Nation hält fest an dem Dreibund. (Allseitige Zustimmung.) Das Reich wird stark genug sein, die Krisis zu überwinden. Für den Augenblick ist wohl die getroffene Lösung das beste Auskunftsmittel. Auf die Dauer aber wird das preußische Ministerpräsidium nicht vom Reichskanzleramt zu trennen sein.

Abg. Graf **Ballestrem** (Centr.) bedauert die Trennung der beiden Aemter. Wenn Graf Caprivi jedoch auf die Stellung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18920328028/fragment/page=0001

des Ministerpräsidenten verzichten zu müssen geglaubt hat, so ist es hoch erfreulich, daß er an der Spitze der Reichsregierung bleibt und die Geschäfte des Reiches mit starker Hand weiter führt. (Beifall.) Einer Politik des do ut des stimme auch er nicht zu, er würde es nicht wagen, eine solche Politik einem hohen Beamten zuzutrauen. Seine Partei sei gegen verantwortliche Reichsminister — es widerspreche dies der Reichsverfassung, die nur den Bundesrath kenne und den Reichstag. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **v. Bennigsen** (nl.): Der Vorredner hat den verantwortlichen Reichskanzler vollkommen vergessen (Sehr gut!), der in die Reichsverfassung ausdrücklich als der verantwortliche Reichsminister eingeführt ist. Seitdem ist aber der Umfang der Geschäfte unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers in so außerordentlichem Maße gewachsen, daß ganz natürlich in den verschiedensten Parteien des Hauses, ausgenommen die Partei des Grafen Ballestrem, der Gedanke aufkam, daß unter Aufrechterhaltung der Institution des Bundesraths dem Reichskanzler verantwortliche Minister, namentlich ein verantwortlicher Finanzminister zur Seite gegeben werde. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß die Zeit einmal kommen wird, wo man sich von allen Seiten von der Nothwendigkeit einer Verfassungsänderung überzeugen wird.

Abg. Richter hat eine vollkommen richtige Kritik geübt an der Veränderung hinsichtlich der leitenden Personen in Preußen und im Reiche. Ebenso hat er vollkommen recht darin, daß er erst die weitere Entwickelung der Dinge abwarten wolle. Für Deutschland ist es namentlich in seinen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten von der größten Wichtigkeit, daß ein häufiger Wechsel in den leitenden Personen vermieden wird. Deshalb handeln wir patriotisch, erst ruhig eine längere Zeit abzuwarten, was aus dieser Trennung sich entwickeln wird. Darum kann man aber in der Sache sehr wohl sehr abweichender Ansicht sein von derjenigen, die der Reichskanzler hier vertreten hat. Ich nehme gar keinen Anstand, zu erklären, daß ich der Auffassung bin, daß wir mit der Zeit zu einer Vereinigung der Aemter im Reich und in Preußen zurückkehren müssen. Ein Bundesstaat erfordert, daß seine leitende Person auch die Machtmittel des größten Staates besitzt, das war der Gedanke, den König von Preußen zum deutschen Kaiser zu machen. Zu allen Zeiten ist die Macht des deutschen Kaiserthums zusammengebrochen, wenn sie nicht durch eine große Hausmacht gestützt wurde. Dieser Gedanke hat aber auch nahe gelegt, daß der erste Rathgeber des Königs von Preußen auch der erste Beamte des Reiches sein solle. Man befürchtete, und thut es auch jetzt noch, daß aus einer Trennung in den Aemtern Reibungen entstehen könnten und Differenzen selbst bei dem besten Willen und den reinsten patriotischen Absichten. Ich hoffe, daß wir eine solche Gefahr namentlich in der nächsten Zeit nicht erleben werden, obwohl sich nicht verkennen läßt, daß seit einiger Zeit der Partikularismus in Deutschland zu vielen Stellen, hoch und niedrig, wieder im Anwachsen begriffen ist. (Hört! hört!) Diese Gefahr wird aber größer, wenn auch noch ein partikularistischer Gegensatz von Preußen und seiner Regierung zu dem Deutschen Reich hinzutritt. (Sehr richtig!)

Daß der Reichskanzler Graf Caprivi, wenn er sich nicht entschließen konnte, nach dem Vorgang in Preußen in seiner Stellung als Ministerpräsident zu bleiben, doch den Posten des Reichskanzlers beibehalten hat, wird im großen und ganzen nicht bloß in Deutschland mit Freuden begrüßt werden. Die Zustimmung aus Parteien, zu denen er vielleicht kein übergroßes Vertrauen hat, beweist ihm, daß man einen ehrlichen Versuch auf diesem Wege gern unterstützen wird. Seine Verwaltung erfreut sich auch bei den auswärtigen Staaten eines großen Vertrauens. Man findet namentlich in seiner Wirkung und Verwaltung eine Sicherung des Friedens, und deshalb wäre es bedauerlich, wenn die Entwickelung in Preußen auch eine Veränderung im Reichskanzleramt zur Folge gehabt hätte. Deshalb wünsche ich, daß wir der weiteren Entwicklung in Deutschland ruhig entgegensehen. (Beifall.)

Abg. **v. Manteuffel** (kons.) erklärt, daß, nachdem Se. Majestät den Grafen Caprivi seiner Stellung als Ministerpräsident enthoben und den Grafen Eulenburg ernannt habe, für die konservative Partei die Angelegenheit damit erledigt sei.

Abg. **Liebknecht** (Soz.) erklärt in einer kurzen Erwiderung gegen den Abg. Richter, daß die Sozialdemokraten, wenn Deutschland in einen Krieg, auch wegen Elsaß-Lothringens, verwickelt werden sollte, das Vaterland vertheidigen würden.

Abg. Freih. **v. Stumm** (Reichsp.) führt aus, daß die ganze Propaganda der Sozialdemokratie zu Excessen, wie der berliner Straßenunruhen führe müsse. Die Mißhandlungen der Soldaten seien lange nicht so schlimm.

Abg. **Richter**: Wenn der Vorredner von den Straßenunruhen und ihren Ursachen spricht, dann sollte er doch nicht vergessen, wie sehr die antisemitische Agitation der Herren Stöcker und Gen. diese Tumulte mit beeinflußt hat. — Dem Abg. Liebknecht muß ich nochmals erwidern, daß es nicht zum Vortheil Deutschlands ist, wenn hier die Existenz einer elsässischen Frage konstruirt wird. (Beifall.) Die Frage der Krisis zur Sprache zu bringen, hätte kein Parlament versäumt, wir können doch nicht zu Dingen schweigen, von denen die ganze politische Welt spricht. (Lebhafter Beifall.) Aus den vielfachen Veröffentlichungen des Fürsten Bismarck ist zu ersehen, wie stark die Anregungen des preußischen Ministerpräsidenten auf die Reichsgesetzgebung sind. Und das soll nun aufhören! Uns hat gerade am Grafen Caprivi besonders befallen, daß er bis zum Schluß zu seinen Kollegen gestanden hat. Wenn der Posten des Ministerpräsidenten aber so unbedeutend ist, warum beruft man dann noch einen besonderen Mann dazu, der doch zu selbständig ist, um nur als Dekoration zu dienen. Gewiß, wir wollen die Entlastung des Reichskanzlers — aber durch Reichsminister. Wie die Dinge heute sind, sind sie doch auch für die Bundesregierungen nicht erfreulich. — Der auswärtigen Politik des Grafen Caprivi stimmen wir zu. In der inneren Politik aber, in der Stellung der Minister zu der Krone sind die Dinge höchst unerfreulich und es wird sich zeigen, daß es so nicht zu lange bleiben kann. (Beifall.)

Abg. Graf **Kanitz** (kons.) bezeichnet es als höchst auffällig, daß ein aktiver Staatsbeamter, wie Herr von Bennigsen, Arm in Arm mit Abg. Richter die Opposition führt. (Großer Lärm, vereinzelter Beifall rechts.) Das widerspricht den preußischen Beamtenkonditionen! Wenn Herr v. Bennigsen Reichsminister verlangt, so wurde er die partikularistische Strömung nur verstärken.

Abg. Dr. **v. Bennigsen**: Wenn Graf Kanitz mir etwas erregt vorwirft, daß ich, als aktiver Staatsbeamter, Opposition mache, so will ich das nicht sehr schwer nehmen. (Heiterkeit.) Graf Kanitz und seine näheren Freunde sind natürlich über die neueste Entwicklung der Dinge sehr verstimmt, so daß er sich nach einer Seite hin Luft machen mußte. (Heiterkeit und Beifall.) Ich habe bei früherer Gelegenheit angesichts des in Preußen eingebrachten Volksschulgesetzes die liberalen Parteien aufgefordert, zusammenzuhalten, um dem Bürgerthum wieder einen vermehrten Einfluß auf die Entwickelung der Dinge zu sichern und Gefahr von dem Reiche fernzuhalten. Die Entwickelung der Dinge in den letzten Tagen hat mir durchaus Recht gegeben. (Lebhafter Beifall.) Es ist bisher nicht Sitte gewesen, den Abgeordneten ihre Beamtenabhängigkeit vorzuwerfen. Abgesehen vom Grafen Kanitz und dessen Freunden weiß man mir Dank, daß ich jene Worte gesprochen habe, und auch an anderen Stellen wird man es nicht für ein Unglück halten, daß es in Preußen noch Beamte und hohe Beamte giebt, die diese Meinung zur Geltung bringen bis zu den höchsten Stellen und bis zur Krone, wenn sie dadurch vom Lande Unglück fernhalten können. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. **Stöcker** (kons.) protestirt gegen die Behauptung des Abg. Richter, daß die Straßenunruhe antisemitischen Ursprungs seien. Wenn jemand rufe „Juden raus!", so brauche dieser Mann dann noch nicht ein Antisemit zu sein. (Gelächter.) Die Sozialdemokratie sei eben allmälig auch zur Erkenntniß des unheilvollen jüdischen Einflusses gekommen und polemisire deshalb bereits gegen Singer. Eine treulose Versuchung ergreife das Land, wenn das liberale Bürgerthum des Herrn v. Bennigsen sich um die Sache nicht mehr bekümmern würde. (Beifall rechts.) Die Linke treffe allein die Schuld, daß die Ministerkrisis ausgebrochen sei. Die Agitation gegen das Volksschulgesetz sei für ihn eine Verletzung der Majestät und der Mehrheit der Volksvertretung. (Gelächter links.) Was die Herren gethan hätten, sei eine von den Parteien gegen ihre eigene Ueberzeugung geäußerte Mißachtung der Parlamentsmajorität. (Lachen links.) Das liberale Bürgerthum habe zwar die materiellen Interessen sehr gefördert, aber es habe den Mammonismus gepflegt und nichts für die Religiosität gethan. (Gelächter links, Beifall rechts.) Man solle doch wissen, daß Religion und Moral ganz verschiedene Dinge sind. (Rufe links: Sehr wahr! Heiterkeit.) Wenn Herr von Bennigsen glaubt, mit seiner Schilderhebung etwas Großes gethan zu haben, so irre er sehr. Diese That werde den Staat schädigen und die Autorität der Krone! (Gelächter und Zischen links.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.) behauptet, die berliner Straßenunruhe seien eher von jüdischen Börsianern angeregt worden, als von dem Antisemitismus.

Abg. Prinz zu **Carolath-Schönaich**: Der Thron würde nie leid thun, der sich auf den Antisemitismus stützt, und wenn Kaiser Wilhelm I. betonte, daß er nicht an kriegerische Eroberungen, sondern an Güter der Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung denke, so hat er den Antisemitismus ja gewiß nicht zur Gesittung gerechnet. Ich halte es auch mit dem anderen deutschen Kaiser gelegneten Angedenkens, der da sagte, daß alle deutschen Unterthanen seinem Herzen gleich seien. (Beifall links.)

Ich bedaure tief die Worte des Grafen Kanitz; dieselben sind ein Vorgang ohne gleichen in diesem Hause. Ich betrachte es als eine hohe Ehre für das preußische Beamtenthum, solche Männer in ihrer Mitte zu haben wie Herrn von Bennigsen. Ist man darüber streitig, so sollte man diese Ansicht wenigstens für sich behalten. Als in den letzten Wahlen ein Mitglied der Freisinnigen die Wähler warnte, Beamte zu wählen wegen ihrer Abhängigkeit, wurde von konservativer Seite das bestritten und gesagt, auch jeder Beamte könne seine Meinung frei vertreten. Ihre heutigen Ausführungen stehen damit in direktem Widerspruche. Ich lasse dahingestellt, ob Graf Kanitz seiner eigenen Partei damit einen Dienst erwiesen hat. Die Wähler werden aber bei der nächsten Wahl sehr viel klarer sich die Frage vorlegen, ob sie noch einen Beamten wählen können, ob ihm nicht dadurch so unleidliche Verhältnisse bereitet werden, daß er schließlich auf ein Amt verzichten muß, dessen Uebernahme für ihn nur eine Pflicht gewesen ist. (Sehr richtig! links.) Man wird sich fragen, ob man überhaupt noch einen Beamten wählen kann, wenn dieser in den parlamentarischen Körperschaften nicht mehr frei und unbefangen seine Ansicht aussprechen kann. Gerade ein Mitglied der konservativen sollte nach den Vorgängen, die gerade die konservative Partei mit den Beamten erlebt hat, einen solchen Appell unterlassen. (Sehr richtig! links.) Sogar die exrangirtesten Gegner der Person, welche ich im Auge habe, haben das Vorgehen gegen dieselbe für einen politischen Fehler erklärt. Das unterscheidet gerade die linke Seite des Hauses von der anderen, daß sie für die Redefreiheit auch ihrer politischen Gegner eintritt, während Sie die Redefreiheit der politischen Gegner beeinträchtigen wollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Dazu haben wir das Deutsche Reich nicht mit unserem Blute begründen helfen, daß nur Jasager in demselben vorhanden sind. Im Reichtag sollte man wenigstens trachten, die Autorität des Reichstags zu wahren und nicht herabzudrücken. Die Ansichten des Grafen Kanitz dürften im Lande auf keine besondere Zustimmung zu rechnen haben. Wenn die politische Laufbahn des Herrn v. Bennigsen eine Mahnung enthält, so ist es die laute und vornehme Mahnung: so treu und deutsch zu sein wie er! (Beifall links.) Wir sollen uns wenigstens in den deutschen Parteien daran gewöhnen, unsere politischen Gegner zu achten.

Es hat mich gleichfalls tief betrübt, von Herrn Stöcker Dinge zu hören, die geeignet sind, einen großen Theil der evangelischen Mitbürger tree zu machen und zu verstimmen. (Unruhe rechts.) Seine Auslegung von der Lehre des göttlichen Erlösers halte ich für unthunlich, für vollkommen unbegreiflich und ebenso für höchst bedauerlich. (Beifall links.)

Abg. Graf **Kanitz** (kons.) erklärt, er habe nicht getadelt, daß Herr v. Bennigsen seine persönliche Meinung kundgegeben habe, sondern daß er die Parteien zur Opposition aufgerufen habe. (Gelächter.)

Im weiteren Verlaufe der Debatte tritt

Abg. **Richter** dem Abg. Stöcker entgegen und weist aus dem Bericht über die Gerichtsverhandlung nach, daß eine antisemitische Agitation die Straßenunruhe in Berlin veranlaßt habe. Herr Stöcker sei freilich nicht mit der Fahne vorangezogen — das seien eben die Antisemiten der That gegenüber den Antisemiten den Phrase. (Heiterkeit.) Die parlamentarische Mehrheit dürfe sich nicht darüber beschweren, daß die Regierung ihr mit der neuesten Wendung der Dinge nicht den Willen thue, die Mehrheit habe ja die Regierung gewöhnt, sie nicht zu beachten. (Beifall links.) Wenn die Mehrheit sich das nicht gefallen lassen wolle, so solle sie doch die Konsequenzen daraus ziehen und die Auflösung des Parlaments herbeiführen. Das fürchten die Herren freilich! (Lebhafter Beifall links.)

Die Generaldiskussion wird geschlossen und die Spezialberathung auf Montag 12 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der „Saale-Zeitung".)

Herrenhaus.

6. Sitzung vom 26. März, 1 Uhr.

In einem Schreiben vom 24. d. giebt der Vicepräsident des Staatsministeriums v. Boetticher dem Hause Kenntniß von der Entbindung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi von dem Amte als Präsident des Staatsministeriums, der Entlassung des Kultusministers Grafen v. Zedlitz-Trützschler und von der Ernennung des Oberpräsidenten Graf zu Eulenburg zum Präsidenten des Staatsministeriums und des Staatssekretärs Dr. Bosse zum Kultusminister.

Das Haus genehmigt alsdann die Gesetz-Entwürfe, betr. die Währung der Aufsicht beim Amtsgericht I. 2c. in Berlin, und betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken.

Nach Erledigung einiger Petitionen von untergeordnetem Interesse tritt das Haus in die Spezialberathung des Polizeikostengesetzes.

Das Haus tritt darauf in die Spezialdiskussion über das Polizeikostengesetz ein.

Dasselbe wird unter Ablehnung der gestern mitgetheilten Anträge unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Etat).

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Berlin, 26. März. Weizen (mit Ausschluss von Rauhweizen) per 1000 kg. Loco feiner inländischer gefragt. Termine schliessen fest. Gekündigt — t. Kündigungspreis — M. Loco 191–219 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 193 M., per diesen Monat —,—, per April-Mai 191,75—190,75—192,5,—192 bez., per Mai-Juni 192—191,25—195 bez., per Juni-Juli 193,5—192,75—194—193,75 bez., per Juli-Aug. 193,25—194 bez.

Roggen per 1000 kg. Loco schleppender Handel Termine schwankend. Gekündigt 100 t. Kündigungspreis 208 M. Loco 198—207 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 206 M., inländischer 203—205,5 ab Bahn bez., per diesen Monat —,—, per April-Mai 207,5—206,5—206,75—208,25 bez., per Mai-Juni 203—201,5—203,75—201,25 bez., per Juni-Juli 198,25—197,—198,75—198,25 bez., per Juli-Aug. 185—184,75—186,25—186 bez., er Sept.-Okt. —,—.

Gerste per 1000 kg. Still. Grosse und kleine 140—190 M. nach Qualität, Futtergerste 140—163 M.

Hafer per 1000 kg. Loco feiner behauptet. Termine niedriger mit festerem Schluss. Gekündigt — t. Kündigungspreis — M. Loco 147—172 M. nach Qualität. Lieferungqualität 152 M. Pommerscher, preussischer und schlesischer mittel bis guter 147—160, hochfeiner 168 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat —,—, per April-Mai 149,5—149—150 bez., per Mai-Juni 151—150—150,5 bez., per Juni-Juli 152—151—152 bez., per Juli-Aug. —,—.

* Hamburg, 26. März. Weizen ruhig, loco holsteinischer loco neuer 206—212. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 212—216, russ. loco ruhig, neuer 185—188. Hafer fest. Gerste ruhig.

* Breslau, 26. März. Roggen per März 215,00, per April-Mai 213,00, per Mai-Juni —,—.

* Stettin, 26. März. Weizen unverändert, loco 208—214, p. April-Mai 209,00, p. Mai-Juni 209,00. Roggen matt, loco 193—204, per April-Mai 206,50, per Mai-Juni 205,00. Pomm. Hafer loco neuer 146—154.

* Leipzig, 26 März. Weizen per 1000 kg netto inländischer 208—214 M. bez. u. Br., do. ausländischer 205—225 M. bez. u. Br. Besser. Roggen per 1000 kg netto inländischer 210—216 M. bez. u. Br., do. ausländischer 212—225 M. bez. u. Br. Besser. Gerste per 1000 kg inländische 163—175 M. bez. u. Br., do. Mahl- u. Futterware 155—165 M. bez. u. Br., Hafer per 1000 kg netto inländischer 150—153 M bez. u. Br., do. ausländischer —,—.

* Nordhausen, 26. März. (Preise einschl. Maklergebühr.) Weizen 19,50—20,00 M., Roggen 21,00—22,00 M., Gerste 15,00—16,00 M., Hafer 13,50—14,00 M. per 100 kg.

* Wien, 26. März. Weizen per Frühjahr 10,18 Gd., 10,21 Br., per Herbst 9,02 Gd., 9,05 Br. Roggen per Frühjahr 9,64 Gd., 9,67 Br. per Herbst 8,19 Gd., 8,22 Br. Hafer per Frühjahr 6,32 Gd., 6,35 Br., per Herbst 6,05 Gd., 6,10 Br.

* Pest, 24. März. Weizen loco schwach, p. Frühjahr 10,00 Gd., 10,01 Br., per Mai-Juni 9,62 Gd., 9,64 Br., p. Herbst 8,78 Gd., 8,80 Br. Hafer p. Frühjahr 5,85 Gd., 5,90 Br.

* Antwerpen, 26. März. Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer unbelebt. Gerste ruhig.

* Amsterdam, 26. März. Weizen per März —, per Mai 228. Roggen per März 211, per Mai 213.

* New-York, 26. März. (Telegr.) Rother Winterweizen loco 98⅞. Rother Weizen per März 95⅞, per April 95⅛, per Mai 92⅞, per Juni 90⅞.

* New-York, 26. März (Telegr.) [Anfangsbericht.] Weizen per Mai 93⅛.

* Chicago, 26. März. (Telegr.) Weizen per Mai 80⅞, per Juni 81⅞.

Zucker.

Magdeburger Börse. I. Preise für greifoare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	25. März	26. März
Brodraff. I.	—,—	29,25
do. II.	—,—	29,00
Gem. Raff.	—,—	28,25-29,25
Gem. Melis I.	—,—	27,25
Krystall. I.	—,—	—,—
do. II.	—,—	—

Tendenz 26. März 11 Uhr; matt.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	25. März	26. März
Granul. Z.	—,—,—,—	—,—,—,—
Kornz. 92%	—,—,—,—	18,25-18,50
do. 88%	—,—,—,—	17,35-17,50
Nachpr. 7%	—,—,—,—	14,00-15,20

Tendenz am 26. März, vorm. 11 Uhr: flau.

II. Terminpreise (abzüglich Steuervergütung).

A. Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement.

a. frei auf Speicher Magdeburg.	Notizlos.	b. frei an Bord Hamburg.
März 13,37½ bz., 13,40 Br., 13,3 G.	Juli 13,80 bz., 13,82½ Br., 12,77½ G.	
April 13,37½ bz., 13,40 Br., 13,35 G.	Aug. 13,92½ Br., 13,90 G.	
Mai 13,52½-13,50 bez., 13,55 Br., 13,52½ G.	Sept. 13,67½ Br., 13,60 G.	
Okt.-Dez 12,70 Br., 12,60 G.		
Juni 13,67½-13,65 bz, 1367½ Br., 13,65 G.	Tendenz: matt.	

B. Granulirter Zucker. Frei an Bord Hamburg.

März —,—.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Liquidationspreise am 26. März.

Rohzucker. Mittags 11½ Uhr.	frei auf Speicher Magdeburg.	frei an Bord Hamburg.	Rohzucker. Abends 6 Uhr.	frei auf Speicher Magdeburg.	frei an Bord Hamburg.
März	13,35 M.	13,35 M.	März	12,97½ M.	13,27½ M.
April	13,25 „	13,35 „	April	13,00 „	13,30 „
Mai	13,22½ „	13,52½ „	Mai	13,15 „	13,45 „
Juni	13,35	13,65	Juni	13,27½ „	13,57½ „
Juli	13,47½ „	13,77½ „	Juli	13,40 „	13,70 „
Aug.	13,60 „	13,90 „	Aug.	13,52½ „	13,82½ „
Sept.	13,30 „	13,60 „	Sept.	13,22½ „	13,52½ „
Okt.	12,50 „	12,60 „	Okt.	12,25 „	12,55 „
Nov.	12,30 „	12,60 „	Nov.	12,25 „	12,55 „
Dez.	12,30 „	12,60 „	Dez.	12,25 „	12,55 „

Zucker-Liquidationskasse in Magdeburg.

* Hamburg, 26. März. (Vormittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, per März 13,40½, per Mai 13,6 , per Aug. 14,00., per Oktober 12,72½ Flau.

* Hamburg, 26. März. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg pr. März 13,22½, pr. Mai 13,50, pr. Aug. 13,92½, pr. Okt. 12,72½. Matt.

* Paris, 26. März. (Schlussbericht.) Rohzucker ruhig, 88% loco 38,00 à 38,50. Weisser Zucker träge, Nr. 3, per 100 kg per März 38,37½, pr. April 38,37½, pr. Mai-Aug. 39,00 pr. Okt.-Jan. 36,50½.

* London, 26. März. 96 % Javazucker loco 15⅞ matt. Rüben-Rohzucker loco 13½ ruhig.

* New-York, 25. März. (Telegr.) 2⅞

Kaffee.

* Hamburg, 26. März. Kaffee fest, ruhig, Umsatz 1700 Sack.

* Hamburg, 26 März, vorm. 11 Uhr. (Vormittagsbericht.) Kaffee Good average Santos pr. März 67½, pr. Mai 67½, pr. Sept. 65, per Dez. 63½. Ruhig.

* Hamburg, 26. März, nachm. 3 Uhr. (Nachmittagsbericht.) Kaffee Good average Santos per März 67, per Mai 67, per Sept. 65, per Dez. 63½. Matt.

* Amsterdam, 26. März. Java-Kaffee good ordinary 53½.

* Havre, 23. März, vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos pr. März 84,50, pr. Mai 87,75, pr. Sept. 84,00. Ruhig.

* New-York, 25. März. (Telegr.) Kaffee Rio Nr. 7 14⅞. Nr. 7 loco ordinary pr. April 13,32, pr. Juni 12,72.

Spiritus.

* Berlin, 26. März. (Amtlich.) Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 l à 100% gleich 10,000% nach Tralles. Gekündigt —,— l. Kündigungspreis — M. Loco ohne Fass 61,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 l à 100% gleich 10,000% nach Tralles. Gekündigt —,— l. Kündigungspreis —,— M. Loco ohne Fass 42,2 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 l à 100% gleich 10,000% nach Tralles. Gekündigt — l. Kündigungspreis — M. Loco ohne Fass —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Matter, schliesst fest. Gekündigt —,— l. Kündigungspreis —,— M. Loco —,—, per diesen Monat —,—, per März-April 41,5 Br., per April-Mai 42,4—41,6—42 bez., per Mai-Juni 42,5—41,7—42,1 bez., per Juni-Juli 42,9—42,2—42,6 bez., per Juli-Aug. 43,4—42,7—43,2 bez., per Aug.-Sept. 43,5—43,3—43,1—43,3 bez., per Sept.-Okt. 41,6—41,3—41,9 bez., per Okt.-Nov. 39,7—39,6—39,1 bez.

* Leipzig, 26. März. Spiritus (unversteuert) per 10,000 l % ohne Fass mit 50 M. Verbrauchsabgabe 62,70 G., mit 70 M. do. 43,30 G.

* Posen, 25. März. Spiritus loco ohne Fass [50er) 59,90, do. loco ohne Fass (70er) 40.40. Matter.

* Hamburg, 26. März. Spiritus schwach, per März-April 31 Br., April-Mai 31 Br., per Aug.-Sept. 32½ Br., per Sept.-Okt. 33½ Br.

* Stettin, 26. März. Spiritus matt, loco ohne 50 M. Konsumsteuer —,—, 70 M. Konsumsteuer 40,80, per April-Mai 41,00, per Aug.-Sept. 42,50.

* Breslau, 26. März. Spiritus per 100 l 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per März 60,30, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per März 40,80, do. do. per April-Mai 41,00, per Juli Aug. 4 ,50.

* Paris, 26. März. Spiritus ruhig, per März 43,25, per April 46,50, per Mai-Aug. 45,00, per Sept.-Dez. 41,00.

Petroleum.

* Stettin, 26. März. Loco 10,90.

* Hamburg, 23. März. Petroleum ruhig, Standard white loco 6,00 Br., per Aug.-Sept. 6,00 Br.

* Bremen, 26 März. (Börsen-Schluss-Bericht. — Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse) Raff. Petroleum Fasszollfrei, still, loco 6,05 Br.

* Antwerpen, 26. März. [Schluss-Bericht.] Raffinirtes Type weiss loco 14 bez. und Br., pr. März 14 Br., pr. April 14 Br., per Sept.-Dez. 14 , Br. Ruhig.

* New-York, 26. März. (Telegr.) Raffinirtes etroleum Standard white in New-York 6,20 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,15 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,50, do. Pipeline Certificates pr. April 55⅞. Ziemlich fest.

* New-York, 26. März. (Telegr.) [Anfangs-Kurse.] Petroleum Pipeline certificates pr. April 55⅞.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18920328028/fragment/page=0002